

Tarifverhandlungen | 14.05.2015 | Lesezeit 4 Min.

Zähes Ringen in vielen Branchen

Gestrichene Zugverbindungen, abgesagte Flüge, leere Briefkästen und verschlossene KITAS: Die Bundesbürger müssen derzeit so einiges ertragen, weil die Tarifstreitigkeiten bei der Deutschen Bahn, der Lufthansa, der Post sowie im Sozial- und Erziehungsdienst nicht enden wollen.

In Deutschland wird in diesen Tagen so viel gestreikt, dass man schon mal den Überblick darüber verlieren kann, worum es im Einzelnen überhaupt geht:

1. **Bahn.** Acht Streikrunden und noch immer kein Durchbruch: Die Deutsche Bahn verhandelt mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) formell zwar „nur“ über höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Das Hauptproblem in der aktuellen Auseinandersetzung ist jedoch ein anderes:

Die konkurrierenden Gewerkschaften GDL und EVG wollen nicht zusammen am Verhandlungstisch sitzen. Sie weigern sich auch, ihre Querelen über den jeweiligen Zuständigkeitsbereich bilateral zu klären.

Das ist eine Riesenhürde in der Tarifrunde. Denn die Bahn möchte - unabhängig von der Gewerkschaftszugehörigkeit - für alle Mitarbeiter einer Berufsgruppe identische

Abschlüsse erreichen, um Neid und Unfrieden im Unternehmen zu verhindern.

Solche organisatorischen Konflikte sollen künftig durch das geplante Tarifeinheitsgesetz vermieden werden. Für den Fall, dass Gewerkschaften nicht miteinander kooperieren, hätte dann der Abschluss derjenigen Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im jeweiligen Unternehmen Vorfahrt.

1. **Post.** Die Gewerkschaft ver.di fordert eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 2,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Dies ist eine Reaktion darauf, dass die Post die Paketzustellung in neue Regionalgesellschaften mit niedrigeren Tarifstandards ausgegliedert hat. Damit erinnert der Konflikt an die Auseinandersetzungen bei der Deutschen Telekom im Jahr 2007, als ebenfalls bestimmte Serviceleistungen ausgelagert werden sollten, zum Beispiel die von Callcentern. Ein Kompromiss kam erst zustande, nachdem laut ver.di fast eine halbe Million Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen waren.
2. **Kitas.** Hier will ver.di durchsetzen, dass die Erzieherinnen und Erzieher in höhere Tarifgruppen eingestuft werden und somit in Zukunft etwa 10 Prozent mehr verdienen. Derzeit liegen ihre Einkommen laut Tarifvertrag zwischen 2.590 und 3.750 Euro brutto im Monat. Nach einer Urabstimmung hat ver.di vor kurzem zum unbefristeten Arbeitskampf aufgerufen. Vergleichbares gab es bereits im Jahr 2009, als insgesamt 33.000 Arbeitstage in diesem Bereich ausfielen.
3. **Handel.** Die ersten Verhandlungsrunden über die von ver.di geforderte Lohnerhöhung von 5,5 Prozent sind gelaufen – das Ende aber ist noch offen. Während im Groß- und Außenhandel meist ohne viel Aufsehen ein Abschluss erzielt wird, hat es im Einzelhandel seit dem Jahr 2000 schon fünf unbefristete Arbeitskämpfe gegeben.

Schaut man sich die Tarifkonflikte der vergangenen Jahre genauer an, dann fällt auf, dass sie gerade dort eskalieren, wo entweder Spartengewerkschaften – wie bei Bahn und Lufthansa – oder ver.di mitmischen. Die große Dienstleistungsgewerkschaft nutzt Streiks ganz offen, um Mitglieder anzuwerben – nach dem Motto „Organisieren am Konflikt“. Eine IW-Auswertung verdeutlicht die Folgen:

Von allen seit 2005 durch Streiks verursachten bundesweiten Ausfalltagen gehen 71 Prozent auf das Konto von ver.di – die IG Metall war dagegen nur für 17 Prozent der Ausfalltage verantwortlich.

Dass sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auch ohne monatelanges, von Streiks begleitetes Tauziehen einigen können, zeigt ein Blick auf die 2015 bereits erzielten Tarifabschlüsse (Tableau).

Tarifabschlüsse 2015

	Vereinbarungen zum Entgelt	Sonstiges
Metall- und Elektro-Industrie (zuständige Gewerkschaft: IG Metall)	Einmalzahlung 150 Euro für Januar bis März 2015; 3,4 Prozent ab April 2015; Laufzeit: 15 Monate	Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente; Tarifvertrag Bildung mit regional differenzierten Regelungen
Chemische Industrie (IG Bergbau, Chemie, Energie)	Nach Nullmonat 2,8 Prozent ab April/Mai/Juni 2015 (regional unterschiedlich); Laufzeit: 17 Monate	Aufstockung des Demografie-fonds von 338 Euro je Beschäftigten und Jahr auf 550 Euro 2016 und auf 750 Euro 2017; Öffnungsklausel bei besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten
Öffentlicher Dienst der Länder (ver.di)	2,1 Prozent ab März 2015, weitere 2,3 Prozent ab März 2016 (mindestens 75 Euro); Laufzeit: 24 Monate	Erhöhung der Arbeitnehmer-beiträge zur betrieblichen Altersversorgung
Kommunale Krankenhäuser/Ärzte (Marburger Bund)	2,2 Prozent rückwirkend ab Dezember 2014, weitere 1,9 Prozent ab Dezember 2015; Laufzeit: 21 Monate	Höhere Entgelte für Bereitschaftsdienste
Universitäts-kliniken/Ärzte (Marburger Bund)	2,2 Prozent ab April 2015, weitere 2,2 Prozent ab April 2016; Laufzeit: 24 Monate	Höhere Zuschläge für Samstagsarbeit

Stand: April 2015
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Den Anfang machten Ende Februar die Sozialpartner in der Metall- und Elektro-Industrie. Neben einem Lohnplus von 3,4 Prozent bei einer Laufzeit von 15 Monaten wurden regional unterschiedliche Regelungen zur Weiterbildung vereinbart. In Baden-Württemberg zum Beispiel wird der bereits bestehende Anspruch auf Teilzeit für persönliche Weiterbildung auf bis zu sieben Jahre ausgeweitet. In Nordrhein-Westfalen dagegen kann ein Betriebsrat die Weiterbildungswünsche der Belegschaft sammeln und mit dem Arbeitgeber besprechen. Ein Anspruch auf Weiterbildung besteht allerdings nicht.

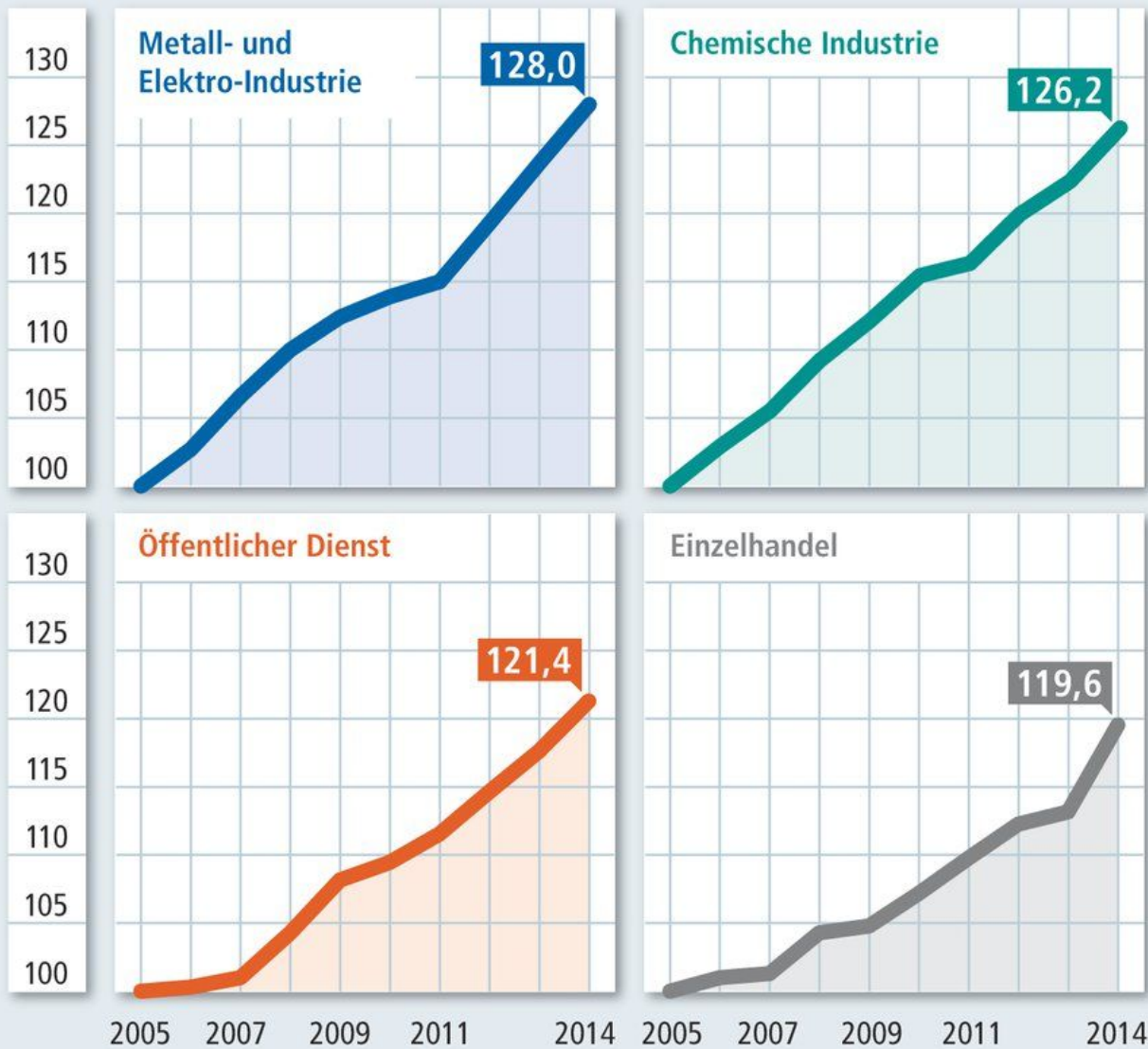
In der Chemie gibt es nicht nur mehr Geld, sondern auch zusätzliche Mittel für den Demografiefonds. Dieser dient beispielsweise dazu, Langzeitkonten, eine betriebliche Altersvorsorge oder eine Altersteilzeit zu finanzieren. Die Aufstockung des Fonds - je Mitarbeiter zahlen die Betriebe künftig statt 338 Euro bis zu 750 Euro - das entspricht nach Gewerkschaftsangaben einer zusätzlichen Erhöhung der Entgelte um 0,9 Prozent. Betriebe, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, können die Fondsbeiträge allerdings bis auf 350 Euro absenken.

Verglichen mit diesen Industriebereichen fallen die Lohnzuwächse im öffentlichen Dienst deutlich geringer aus. Das ist jedoch nichts Ungewöhnliches (Grafik):

Seit 2005 sind die Tariflöhne in der Metall- und Elektro-Industrie und in der Chemiebranche mit 28 beziehungsweise 26 Prozent stärker gestiegen als im öffentlichen Dienst, der auf ein Plus von 21 Prozent kam.

Tariflöhne: In der Industrie am stärksten gestiegen

Tarifverdienste je Stunde einschließlich Jahressonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie vermögenswirksamer Leistungen, 2005 = 100



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 20

Die größere Lohndynamik im Verarbeitenden Gewerbe ist alles andere als willkürlich, sondern durchaus ökonomisch begründet - unter anderem durch das im Vergleich zum Dienstleistungssektor höhere Produktivitätswachstum.

Kernaussagen in Kürze:

- In der laufenden Tarifrunde geht es in vielen Branchen nicht in erster Linie um Lohnerhöhungen, sondern unter anderem um Einzelinteressen von Spartengewerkschaften.
- Von allen seit 2005 durch Streiks verursachten bundesweiten Ausfalltagen gehen 71 Prozent auf das Konto von ver.di - die IG Metall war dagegen nur für 17 Prozent der Ausfalltage verantwortlich.
- Seit 2005 sind die Tariflöhne in der Metall- und Elektro-Industrie sowie in der Chemiebranche mit 28 beziehungsweise 26 Prozent stärker gestiegen als im öffentlichen Dienst, der auf ein Plus von 21 Prozent kam.